

Alle gemeinsam gegen Sozialkahl Schlag:

Eintägiger Generalstreik gegen Generalangriff

Es reicht! Wer arbeitslos ist, soll jetzt bettelarm werden, wer krank wird, soll jetzt noch mehr zahlen, aber wer Millionär ist, soll weniger Steuern zahlen – so sieht im Kern die „Reformpolitik“ der Bundesregierung aus.

Hinter der Agenda 2010 verbirgt sich das größte Sozialkahl Schlags-Programm in der Geschichte der Bundesrepublik. In einem Land, in dem die hundert Reichsten ein Vermögen von 250 Milliarden Euro besitzen, soviel wie der gesamte Bundeshaushalt, in einem Land, in dem die Reichen keine Vermögenssteuer zahlen, in dem Großkonzerne wie Daimler-Chrysler keine Steuern zahlen, in dem der Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener gesenkt wird, sollen Arbeitslose und Kranke den Haushalt sanieren und die Steuergeschenke an Konzerne und Milliardäre bezahlen. Das Ganze nennt der Bundeskanzler „sozial gerecht“ und „ausgewogen“.

Das Hauptargument von Regierung und Wirtschaft für ihre Kahl Schlagpläne: Das seien nötige Reformen, um die Wirtschaft anzukurbeln und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Aber wo sind denn die Arbeitsplätze, die der (T)Euro, die Steuerreform 2000, die Ökosteuer, die Personal-Service-Agenturen, schaffen sollten?

Die Unternehmensgewinne von heute seien die Arbeitsplätze von morgen, so argumentierte schon einmal ein SPD-Bundeskanzler. Aber nicht Gerhard Schröder, sondern Helmut Schmidt und nicht heute, sondern vor über 20 Jahren. Die CDU sagt dasselbe. Und mit dieser immer gleichen Begründung jagt seit über 20 Jahren eine sogenannte Reform des Sozialstaates die andere.

Immer zu Gunsten der Unternehmer. Und was ist das Ergebnis? Wir haben heute die höchste Arbeitslosigkeit seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jah-

Das plant die Regierung:

- ➔ **Kürzung Arbeitslosengeld:** Beschränkung der Bezugsdauer auf 12 beziehungsweise 18 Monate.
- ➔ **Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.**
- ➔ **Kürzung Krankengeld:** ab der 6. Woche Krankheit keine Kassenleistung mehr, stattdessen private Krankengeldversicherung
- ➔ **Höhere Zuzahlungen:** für Medikamente und Behandlungen, für Arztbesuche
- ➔ **Aufweichung des Kündigungsschutzes.**

Weiter im Gespräch:

- ➔ Reduzierung der jährlichen Rentenanpassung
- ➔ Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags für RentnerInnen
- ➔ Besteuerung der Renten und Erhöhung des Renteneintrittsalters

Aber: Die Geschenke für die Reichen werden fortgesetzt.

Zum Beispiel: Der Spitzensteuersatz soll bis 2005 auf 42 Prozent gesenkt werden, Folge laut ver.di: jährlicher Steuerausfall von sechs Milliarden Euro, das sind sechs Milliarden Euro für die Reichen.



ren des vergangenen Jahrhunderts. Seit über 20 Jahren wird die Theorie von der belebenden Kraft des Sozialabbau Jahr für Jahr durch die Realität widerlegt, und dennoch wird sie frech jeden Tag neu vorgebetet.

Sozialkahl Schlag ist Umverteilung von unten nach oben

Die Wahrheit dagegen ist: Sozialabbau ist Umverteilung von unten nach oben. Nie zuvor gab es in der Bundesrepublik so reiche Reiche und gleichzeitig so viele Arme wie heute.

Sozialabbau hat nie Arbeitsplätze geschaffen, schafft keine Arbeitsplätze, wird nie Arbeitsplätze schaffen – aber macht die Reichen reicher.

Ein Beispiel: DaimlerChrysler hat letztes Jahr 6,9 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Im Konzern wurden aber nicht zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, son-

dern 7.000 abgebaut. Stattdessen wurde die Dividende pro Aktie von 1 Euro auf 1,50 Euro erhöht. Die Gesamtbezüge des 13-köpfigen Vorstands wurden mehr als verdoppelt. Sie erhöhten sich um 131 Prozent. Im Durchschnitt bekam jedes Vorstandsmitglied 3,9 Millionen Euro im Jahr. (Geschäftsbericht 2002 und Spiegel-online 9. April 2003)

Die wahren Gründe für die Politik der Bundesregierung sind: Getrieben vom kapitalistischen Konkurrenzkampf versuchen die Konzerne, auch in der Krise ihre Profite zu steigern und die Reichen wollen - wie immer - noch reicher werden. Und Schröder ist der Genosse der Bosse. Das ist nicht bloß ein flotter Spruch, das ist sein Programm.

Deshalb ist auch kein Ende des Sozialabbaus in Sicht. Deswegen reicht es dieser Regierung nicht, Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern zu machen. Daher ist bereits geplant, selbst bei der Sozialhilfe noch zu kürzen.

Auch Teile der SPD stellen sich gegen das Kürzungsprogramm. Doch die innerparteiliche Opposition ist völlig kraftlos. Sie hat keine Alternative, nicht zu Schröder und schon gar nicht zur pro-kapitalistischen Politik von Rot-Grün. Sie wird sich am Ende mit kosmetischen Korrekturen abspeisen lassen.

Gewerkschaften in die Offensive!

Es kann nur eine Antwort auf diese Raubritter-Politik geben: Kämpfen, Widerstand organisieren, demonstrieren, streiken.

Für den 17. Mai hat die Gewerkschaft ver.di eine bundesweite Demonstration in Berlin angekündigt. Warum bisher nur ver.di? Die Bundesregierung hat ihre Kürzungsmaßnahmen nicht nur ver.di-Mitgliedern angedroht sondern allen arbeitenden und arbeitslosen Menschen in diesem Land. Sie alle müssen informiert und mobilisiert werden. Diese Millionen sind stärker als die Millionäre und Milliardäre,

Stoppt Schröder, Hartz & Rürup!

Stopp Sozialabbau, Stop Agenda 2010

Rücknahme aller Sozialkürzungen von Rot-Grün und Kohl-Regierung

Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 750 Euro netto plus Warmmiete

Öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Soziales und Umwelt

Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich als ersten Schritt für weitere Arbeitszeitverkürzung zur Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle

Finanzierung durch:

- **Rücknahme aller Steuergeschenke an die Unternehmen**
- **Für eine stark progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen**
- **Geld für Soziales und Bildung statt für Aufrüstung und Umbau der Bundeswehr**

Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung

für die Schröder seine Politik macht.

Das Sozialkahlschlag-Paket der Bundesregierung stellt vom Umfang und den Auswirkungen alles bisher da gewesene in den Schatten.

Deshalb brauchen wir eine Kampagne und eine Bewegung, die alle bisherigen Proteste bei weitem übertrifft. Zuerst muss die Demonstration am 17. Mai in Berlin zu einer Massendemonstration gemacht werden. Aber das muss die Vorbereitung für einen eintägigen Generalstreik sein. Wer glaubt, diese Regierung würde sich von weniger beeindruckt lassen, der irrt. Eine eintägige Arbeitsniederlegung aller Beschäftigten wäre eine Demonstration der Stärke, Geschlossenheit und Entschlossenheit der abhängig Beschäftigten in Deutschland, die der Regierung und den Damen und Herren in den Chefetagen der Konzerne das Fürchten lehren würde.

Wir rufen dazu auf, der Gewerkschaftsführungen Dampf zu machen, damit sie zu einer Massendemonstration am 17. Mai in Berlin mobilisieren, und wir rufen dazu auf, Druck für die Forderung nach einem eintägigen Generalstreik zu machen.

**Infos:
030 - 24723802**

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... **weitere Informationen über die SAV**
- ... **Mitglied der SAV werden**

Name, Telefon

Adresse

Sozialistische Alternative - SAV
Littenstraße 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802
Fax: (030) 24723804
Email: info@sav-online.de

ViSdP: H.Dröge, c/o SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin